

Erklärung von Montevideo

Wir, die unterzeichnenden Parlamentarier/innen, sind besorgt über die anhaltende Schuldenkrise vieler Länder des Südens. Angesichts des vielfachen Scheiterns der bisherigen Umschuldungen von Auslandsverbindlichkeiten dieser Länder halten wir die Schaffung neuer fairer und transparenter Verfahren für notwendig, welche der anhaltenden Überschuldung und Verarmung der betroffenen Volkswirtschaften ein Ende setzen.

Entschlossene Reformen auf der Ebene des internationalen Rechts sind notwendig. Den ewiggleichen Anpassungsprogrammen, die stets zu mehr Armut bei höherer Verschuldung geführt haben, muss ein Ende gesetzt werden.

Im Unterschied zu jüngsten Vorschlägen des IWF, welche lediglich auf die Schlichtung widerstreitender Interessen von Gläubigern und Finanzmärkten abzielen, streben wir die Etablierung fairer und transparenter Verfahren an, welche fähig sind, die Überschuldungskrise als solche zu überwinden.

Aus diesem Grund beteiligen wir uns an der Diskussion um ein internationales Schulden-Schiedsverfahren, welches auf rechtsstaatlichen Prinzipien, insbesondere den akzeptierten Normen nationaler Insolvenzrechte, basieren. Ein solches Verfahren könnte umgehend umgesetzt werden. Es könnte die Überschuldungskrise überwinden und dabei die Souveränität der verschuldeten Länder ebenso respektieren, wie die Menschenrechte ihrer Bürger/innen und das Recht der Zivilgesellschaft, im Verfahren angehört zu werden.

Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier verpflichten wir uns, auf nationaler wie regionaler Ebene Gesetzesvorhaben zur Überwindung der Verschuldungskrise des Südens auf den Weg zu bringen. Dabei sollen die Prinzipien von Transparenz und Gleichbehandlung ebenso gewahrt werden wie der Schutz der Souveränität und das Recht der Völker auf wirtschaftliche Entwicklung.

Unterzeichner